

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Franz Maget

Abg. Petra Dettenhöfer

Abg. Isabell Zacharias

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Ulrike Gote

Abg. Thomas Hacker

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Ich rufe zur gemeinsamen Behandlung die Tagesordnungspunkte 2 und 3 auf:

Gesetzentwurf nach Art. 74 BV

Volksbegehren "Grundrecht auf Bildung ernst nehmen - Studienbeiträge abschaffen!"

Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes

(Drs. 16/15921)

- Zweite Lesung -

und

Gesetzentwurf der Abgeordneten

Markus Rinderspacher, Isabell Zacharias, Inge Aures u. a. und Fraktion (SPD),

Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zur Kompensation der Studienbeiträge und zur Sicherung der Qualität in Studium und Lehre mittels Studierendenboni (Studierendenbonigesetz - StudiboG) (Drs. 16/15834)

- Zweite Lesung -

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Wir haben im Ältestenrat eine Redezeit von zehn Minuten pro Fraktion verabredet. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Dettenhöfer. Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Petra Dettenhöfer (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es könnte heute eigentlich ein guter Tag für Bayern sein; denn wir haben jetzt einen Gesetzentwurf vor uns, dem, wie wir genau wissen, der Großteil in diesem Parlament zustimmen wird.

(Thomas Hacker (FDP): Der gute Gesetzentwurf ist bereits verabschiedet, Frau Kollegin!)

- Das Bildungsfinanzierungsgesetz ist natürlich auch ein gutes Gesetz.

(Thomas Hacker (FDP): Ich denke, dass das in der Koalition Konsens ist!)

- Ja, durchaus. Aber hier haben sich einige verweigert.

Ich sage: Es könnte ein guter Tag sein; denn er war es bisher nicht. Die Opposition hat sich in Wahlkampfgetöse erprobt. Nicht alle haben sich daran beteiligt; ich nehme Herrn Professor Dr. Piazzolo aus. Ich nehme ihn auch im Rückblick auf die Plenardebatte letzte Woche aus. Oliver Jörg, unser Hochschulausschussvorsitzender, hat in dieser letzten Debatte Ihnen, der Opposition, die Hand gereicht. Wer zuhören wollte, hat das wahrgenommen. Aber die Opposition hat diese ausgestreckte Hand nicht angenommen. Nein: Die Opposition hat uns mit Häme übergossen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sagen Sie mal etwas zu der Hand!)

Die Opposition hat Gift und Galle gespuckt, vornehmlich die SPD. Schade, dass Herr Dr. Rabenstein heute nicht da ist; denn er hat genüsslich aus der Begründung zum Gesetzentwurf zitiert.

(Volkmar Halbleib (SPD): Es war doch alles richtig, was Herr Kollege Dr. Rabenstein gesagt hat!)

- Was in der Begründung stand, war schon richtig, aber er hat süffisant daraus zitiert. Ich habe an ihm keine Freude bemerkt über etwas, was eigentlich so wichtig ist. Meine Kollegen aus dem Hochschulausschuss wissen: Ich war von Anfang an eine Gegnerin der Studienbeiträge. Jetzt, zum Ende dieser Legislaturperiode, werden sie abgeschafft. Trotzdem wird in diesem Hohen Haus nur Wahlkampf gemacht.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

- Bitte hören Sie doch einmal zu. Ich sitze immer schön brav da hinten und höre allen zu, aber Sie haben immer nur im Sinne, zu stören, damit wir unsere Zeit verbrauchen und nicht das sagen können, was wir sagen wollten.

(Zuruf von der SPD: Kommen Sie doch mal zur Sache! – Weitere Zurufe von der SPD)

- Sie sind sehr erfolgreich im Stören. Unser Finanzminister Dr. Markus Söder hat vorhin darum gebeten, man möge hier in diesem Hohen Hause mehr Niveau an den Tag legen.

(Lachen bei der SPD)

Ich sage Ihnen: Niveau ist keine Hautcreme. Ich möchte mehr Stil, und Stil ist nicht das Ende eines Besens; das nur so nebenbei.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Wir, die CSU, stimmen diesem Volksbegehren zu, weil wir den Willen des Volkes achten. Ja, wir stimmen zu, weil wir in Bayern uns dies inzwischen leisten können. Das ist aber nicht der Opposition zu verdanken. Finanzminister Dr. Söder hat es vorhin ausgeführt. Das liegt an den fleißigen Menschen in unserem Land; das liegt an den Unternehmerinnen und Unternehmern, die dafür sorgen, dass unsere Steuereinnahmen sprudeln. Aber selbstverständlich stellt die Regierung die richtigen Weichen und schafft die Rahmenbedingungen. Das tut nicht nur diese Regierung, sondern auch schon die Vorgängerregierung hat dafür gesorgt, dass Rücklagen gebildet wurden und dass gespart wurde, damit wir heute gemeinsam beschließen können, was wir möchten. Ja, die CSU stimmt zu, weil wir nicht wollen, dass unsere Studierenden in Bayern weiter belastet werden, während rot-grün regierte Länder die Gebühren abgeschafft haben und ein grün-rot regiertes Land die Abschaffung schon umgesetzt hat.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die Logik müssen Sie uns jetzt erklären, Frau Kollegin!)

Wir wollen nicht, dass unsere Studierenden weiter belastet werden, während arme Schlucker wie Berlin sich sogar ein Begrüßungsgeld für Studenten leisten. Darüber müssen wir schon einmal nachdenken. Können wir es unseren bayerischen Studierenden eigentlich zumuten, dass wir weiter von ihnen Gebühren verlangen, während andere Länder, die nicht so gut situiert sind wie Bayern, sie einfach abschaffen und dafür neue Schulden machen?

(Beifall bei der CSU)

Dazu ist der Länderfinanzausgleich, für den wir Bayern fleißig zahlen, nicht gedacht.

Ich sage Ihnen noch etwas: Wir sind nicht opportunistisch.

(Lachen bei der SPD)

- Sie können sich Ihre Häme sparen. Liebe Frau Biedefeld, es geht uns nicht um Machterhalt, es geht uns nicht ums Überleben. – Sie könnten ruhig zuhören, Frau Biedefeld, wenn ich über Sie rede. Es wäre durchaus angenehm, wenn Sie auch Abgeordneten der Regierungsfraktion einmal zuhören würden; aber das kommt bei Ihnen gar nicht an. Liebe Frau Biedefeld, wir haben keine Angst, vom Platz gestellt zu werden. - Ein Weiteres sage ich, und dabei komme ich wieder zum Stil in diesem Haus: Wir sind keine Brandstifter!

(Zurufe von der SPD: Oh!)

- Ja, das hat Ihre Kollegin gesagt, hören Sie mal Ihren eigenen Leuten zu!

(Zuruf von der SPD: Wer hat denn die Studiengebühren eingeführt?)

- Sie haben gesagt, wir sind Brandstifter, und das lasse ich mir nicht gefallen. Ich will mich nicht in die Reihe der Brandstifter stellen oder stellen lassen.

(Zuruf von der SPD: Dann treten Sie aus der Partei aus! – Weitere Zurufe von der SPD)

Herr Vizepräsident, darf ich auch einmal ausreden, ohne ständig gestört zu werden?
Sind Sie nicht dafür verantwortlich?

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Frau Kollegin, Zwischenrufe in diesem Ausmaß gibt es hier eigentlich immer. Sie müssen sich durchsetzen, Frau Kollegin.

Petra Dettenhöfer (CSU): Da haben Sie recht, aber die Zwischenrufe kommen nur von der linken Seite.

(Lachen bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Es kommt darauf an, wer redet, Frau Kollegin. Es kommt darauf an, wer gerade spricht. Bitte schön, fahren Sie einfach fort.

Petra Dettenhöfer (CSU): Ich habe nicht mehr viel Zeit. Ich wusste schon: Sie bringen es fertig, dass man mehr Zeit verbraucht, als man zur Verfügung hat.

Ich war bekanntermaßen gegen Studiengebühren und bin jetzt froh, dass wir sie abschaffen können. Die Studienbeiträge haben zwar die Familien belastet, aber sie waren nicht unsozial. Sie wissen, dass aktuell rund 30 % befreit sind, und Sie wissen, dass es Studienbeitragsdarlehen zu günstigen Konditionen gibt usw.

Mit der Abhängigkeit der Studierenden vom Geldbeutel der Eltern hat der Großteil der Studierenden sicherlich keine Probleme. Meine Tochter hat kein Problem damit, dass ich bisher ihre Studienbeiträge bezahlt habe.

(Isabell Zacharias (SPD): Schön, dass Sie sich das leisten können!)

Auch von anderen Eltern weiß ich das.

(Isabell Zacharias (SPD): Das ist aber nicht der Maßstab!)

Die Studienbeiträge haben die Qualität von Studium und Lehre verbessert. Wir wollen diese Qualität beibehalten. Deshalb wurde heute das Bildungsfinanzierungsgesetz verabschiedet. Das bedeutet 219 Millionen Euro für die Hochschulen und damit eine

volle Kompensation. Sie haben sich verweigert. Wir wollen, dass das Personal, das über die Beiträge finanziert wurde, weiter beschäftigt wird. Wir wollen, dass Bibliotheken weiterhin 24 Stunden geöffnet sein können. Wir wollen, dass Labore ausgebaut werden und weiter gut ausgestattet sind. Wir haben das soeben verabschiedet, Sie nicht. Ihr Gesetzentwurf zur Kompensation der Studiengebühren, den wir heute gleichzeitig mitberaten, ist eigentlich obsolet.

(Volkmar Halbleib (SPD): Zu dem Sie eigentlich sprechen sollten!)

Er ist obsolet und überflüssig, da wir mit Mehrheit gerade etwas anderes beschlossen haben.

Eines kann ich mir zum Schluss nicht verkneifen – Sie brauchen keine Handbewegungen zu machen –: Das Volksbegehren zur Abschaffung der Studienbeiträge wurde zugelassen, weil es nicht haushaltsrelevant sei. Uns von der CSU war von Anfang an klar, dass die nun fehlenden Studiengebühren mit Mitteln aus dem Haushalt ersetzt werden müssen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Uns auch!)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist überschritten.

Petra Dettenhöfer (CSU): Noch einen Satz. War nun das Volksbegehren haushaltsrelevant oder nicht? – Darüber kann jeder in diesem Haus und auch außerhalb einmal nachdenken. - Wir stimmen dem Gesetz zur Abschaffung der Studienbeiträge zu. Das Gesetz zur Kompensation der Studienbeiträge lehnen wir ab.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Frau Kollegin Dettenhöfer. Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Zacharias. Ihr folgt Herr Kollege Professor Piazzolo. Ich darf Ihnen übermitteln, dass bereits namentliche Abstimmung zum Gesetzentwurf Volksbegehren beantragt worden ist. Wir führen die namentliche Abstimmung bei der

Schlussabstimmung nach der Dritten Lesung durch. - Bitte schön, Frau Kollegin Zacharias.

Isabell Zacharias (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Werter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es ist ein großer Tag, und Sie sehen hier eine Abgeordnete, die glücklich ist, weil die Opposition die Studiengebühren abschafft.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich würde dies am liebsten 100 Mal sagen, nur um die Pein auf der rechten Seite noch etwas zu zelebrieren. Ich möchte aber noch einiges hinzufügen.

Ich freue mich, dass hier oben im Raum viele sitzen, die sich jetzt auch darüber freuen dürfen, nämlich Studierendenvertreter und -vertreterinnen. Ihnen ist es übrigens mit zu verdanken, dass wir heute hier die Studiengebühren abschaffen. Ich rufe laut: Danke, ihr wunderbaren Studierendenvertreterinnen und -vertreter.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Natürlich danke ich auch allen Studierenden, die mitgestimmt haben. Ich will eine Pointe vorwegnehmen, die eigentlich gar nicht so lustig ist. Der FDP-Minister, der Fachminister wird heute nicht dafür stimmen und froh sein, dass die Studiengebühren abgeschafft werden. Er wird nicht mit dem Votum von fast 1,4 Millionen Bayerinnen und Bayern mitgehen.

(Thomas Hacker (FDP): Er hat dafür gesorgt, dass es dauerhaft eine volle Kompensation gibt!)

Er wird nicht Ja dazu sagen, dass wir die soziale Ungerechtigkeit an den Hochschulen abschaffen.

(Thomas Hacker (FDP): Und die Abstimmung haben wir bereits hinter uns!)

- Genau, wir haben die Abschaffung bereits hinter uns, werter Kollege.

(Thomas Hacker (FDP): Die Abstimmung zur Kompensation!)

- Auch die Abstimmung, Herr Kollege. Sie können noch so viel reden:

(Thomas Hacker (FDP): Ich darf ja nachher auch sprechen, Frau Zacharias!)

Mich bringen Sie nicht aus der Fassung.

Ich würde mich freuen, wenn der Fachminister die größte hochschulpolitische Maßnahme der 16. Legislaturperiode einmal kommentieren würde. Er hat weder zum Gesetzentwurf der Regierung Stellung genommen – zum Gesetzentwurf zur Abschaffung der Studiengebühren aufgrund des Volksbegehrens gibt es keine öffentliche Verlautbarung im Parlament - noch zum Gesetzentwurf der drei Oppositionsparteien.

Ich möchte noch einmal auf die Argumente zur Einführung der Studiengebühren kommen. Seit 2005 hieß es immer – das Mantra der sozialen Gerechtigkeit ging mit Polemik einher –: Die Krankenschwester soll doch nicht den Arzt mitfinanzieren.

(Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP): Richtig!)

Obwohl dies eine unglaubliche Polemik ist, frage ich, wenn dies euer Hauptargument ist: Wo hat denn die FDP in dieser Legislaturperiode für das Bildungswesen etwas Dramatisches verändert?

(Thomas Hacker (FDP): Krippenausbau, frühkindliche Bildung, Ganztagschulangebote, Durchlässigkeit im Bildungssystem, Meisterzugang zur Hochschule, und, und, und!)

Wo ist eure Ganztagschule? Wo ist eure Initiative zum Schulausbau? Wo ist das erste freie Kindergartenjahr? Thomas Hacker, stellen Sie sich hier hin; wir können das gerne im Duett machen.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Ich hatte vorhin schon vermutet, dass die Zwischenrufe von der einen oder anderen Seite kommen, je nach dem, wer gerade redet, Herr Kollege Hacker.

(Thomas Hacker (FDP): Herr Präsident, sie hat eine Frage gestellt!)

Isabell Zacharias (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Wo ist die große Bildungsoffensive der FDP-Landtagsfraktion? Ich sehe hier keine.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Thomas Hacker (FDP): 3,7 Milliarden Euro Mehrinvestitionen in die Bildung!)

Ich sehe keine. Das bleibt am Ende des Tages übrig.

Es wurde immer argumentiert, dass die Hochschulen mehr Geld brauchen. Wir wissen aus den Siebzigerjahren, dass eine chronische Unterfinanzierung – man nannte dies immer die Untertunnelung – seit Jahrzehnten ein riesiges Thema ist, nicht nur in Bayern, sondern in ganz Deutschland. Wie kann man allen Ernstes glauben, dass wir die chronische Unterfinanzierung mit 180 Millionen Euro pro Jahr in den Griff bekommen? Das ist zwar kein kleiner Betrag, aber er reicht bei Weitem nicht aus. Das reicht bei Weitem nicht aus. Es ist eine Mär zu glauben, dass Studiengebühren die chronische Unterfinanzierung der Hochschulen beseitigen würden. Das ist eine Mär.

Eine dritte Geschichte, die mich immer wieder freudig erregt, ist das Stipendienwesen. Bei der Einführung der Studiengebühren 2007 wurde immer erzählt, dass ein großes Stipendienwesen aufgebaut wurde. Kaum jemand hat es wahrgenommen. Die Studierenden haben das nur im Promillebereich genutzt. Als dann klar wurde, dass dieses System, das im angelsächsischen Raum funktioniert, aber nicht im deutschsprachigen Raum, eng wird, hat man gesagt: Machen wir es doch anders und nehmen die Wirtschaft zur Kofinanzierung mit ins Boot. Freunde der Sonne, meine lieben Freunde hier im bayerischen Parlament, auch das hat nicht funktioniert, nämlich zu glauben, dass der Ko-Finanzierer Wirtschaft den Standort Bayern retten würde. Ganz abgesehen

davon handelt es sich bei der Bildungsfinanzierung um eine hochschulpolitische Aufgabe und um eine grundständige Aufgabe des Freistaates, statt zu schauen, dass die Kofinanzierung der Wirtschaft funktioniert. Auch diese Stipendien haben übrigens nicht funktioniert. Ihr hier auf der rechten Seite habt es in der Bundesregierung nicht geschafft, das BAföG zu erhöhen. BAföG ist das System, um die soziale Benachteiligung junger Menschen zu heilen.

(Beifall bei der SPD)

Ihr hättet das BAföG erhöhen können, habt aber jämmerlich versagt.

Ein viertes Argument, dass immer wieder ins Feld geführt wurde, lautete: Es kann doch jetzt jeder studieren. Werte Kolleginnen und Kollegen hier im Hohen Hause, sehen Sie sich einmal die Abbrecherquoten an. Die Abbrecherquoten sind mit der 18. Erhebung des Deutschen Studentenwerkes belegt worden. Der erste Grund, warum abgebrochen wird, ist ein finanzieller; denn man muss natürlich auch wohnen, man muss essen, man muss sich fortbewegen können. Es gibt leider nicht überall ein Semesterticket, wie es in München eingeführt wurde. Es kann eben nicht jeder studieren. Wir wissen auch – belegbare Zahlen können das aufzeigen –, dass der Aufwuchs, das Mehr an Abiturientinnen und Abiturienten, jene Prozentzahl sich nicht an den Hochschulen und Universitäten in Bayern wiederfindet. Studiengebühren haben also sehr wohl dazu geführt, dass weniger Menschen an die Hochschulen und Universitäten in Bayern kommen. Das ist belegbar.

Ein schönes Argument war die Mitsprache der Studierenden. Da wurde erzählt: Wunderbar, ihr Studierenden dürft doch jetzt mitentscheiden. Meine Damen und Herren, Hohes Haus, die Studierenden haben nie, nie inhaltlich mitentscheiden dürfen. Sie dürften lediglich darüber entscheiden, ob es eine neue Stuhlreihe gibt, ob es ein paar neue Beamer gibt oder ob es eine neue Tischgarnitur gibt. Die Studierenden durften nie mitentscheiden, wie die Curricula aussehen, wie sich eine Hochschule entfalten

darf. Das durften sie noch nie, und das dürfen sie durch euer Gesetz leider übrigens immer noch nicht.

(Beifall bei der SPD)

Wir sprechen auch beim LEP immer über die gleichen Lebensverhältnisse. Diese hatten wir deutschlandweit nicht. Wir haben nämlich bis zum heutigen Tage einen Flickenteppich an Studiengebühren gehabt. Wir haben es riskiert, dass sich Bayern als Hochschulstandort ins Aus stellt, weil es als einziges unter 16 Bundesländern noch Studiengebühren erhoben hat. Es ist gut so, dass dieser Flickenteppich mit Hilfe der Opposition keiner mehr ist, sondern dass es nun einen einheitlichen Hochschulraum ohne Studiengebühren gibt.

(Beifall bei der SPD)

Abschließend: Endlich können wir uns an Hochschule und Universität um Inhalte kümmern, worauf ich mich richtig freue. Die Studiengebühren haben wir jetzt abgeschafft. Herr Minister, ich erwarte von Ihnen oder von Ihrem Nachfolger – das ist mir eigentlich egal –, dass wir es anpacken.

Ich erwarte Planungssicherheit für alle Hochschulen und Universitäten im Freistaat Bayern. Wir brauchen eine Planungssicherheit, die den Hochschulen, dem Mittelbau und den Studierenden über einen Doppelhaushalt hinaus klar sagt, wie viel uns der Hochschulstandort Bayern wert ist. Wir brauchen klare Ansagen.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen eine gerechte Verteilung der Mittel. Dies haben wir durch einen Änderungsantrag zu erreichen versucht, der hier im Plenum aber leider keine Mehrheit fand.

Mir ist es sehr wichtig: Wir dürfen Hochschulen und Universitäten nicht dafür bestrafen, dass sie die Studienbeiträge reduziert haben oder durch mehr Befreiungstatbe-

stände weniger Geld eingespielt haben. Unser Gesetzentwurf mit den Studierendenboni hat das geregelt, weil dabei auf den Beitrag pro Studierenden abgestellt wird. Der Gesetzentwurf der CSU und der FDP oder auch das Bildungsfinanzierungsgesetz sieht eine Verwaltungsvorschrift ohne Zustimmung des Landtags vor. Dafür bin ich grundsätzlich nicht. Dazu müssen wir im Landtag beschließen und dürfen es nicht dunklen Kammern am Salvatorplatz überlassen.

(Beifall bei der SPD)

Das nächste Thema, das wir angehen müssen, ist die verfasste Studentenschaft. Ich möchte endlich und erwarte es vom Fachminister, dass alle an einer Hochschule Betroffenen paritätisch mitarbeiten, mithelfen und innovativ sein können. Es muss eine echte Mitsprache geben, die sich nicht auf Stühle usw. beschränkt.

(Zuruf von den GRÜNEN: Es gibt auch noch die Zwangsmitgliedschaft!)

- Ja, diese Zwangsmitgliedschaft ist ein strapaziertes Argument. Aber euer Antrag vom Landesparteitag ist doch auch nicht durchgegangen.

Ich erwarte, Herr Minister, dass die Verbesserung der Arbeitssituation des Mittelbaus endlich in den Blick genommen wird. Ich möchte, dass hier deutlich reduziert wird. Wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Mitarbeiter finden sich immer häufiger in prekären Arbeitsverhältnissen wieder. Dass befristete Arbeitsverhältnisse an den Hochschulen und Universitäten in Bayern Standard sind, ist nicht in Ordnung. Menschen müssen von ihrer Arbeit leben, auch im wissenschaftlichen Mittelbau an Universitäten und Hochschulen.

(Beifall bei der SPD)

Last but not least zur Frauenförderung. Herr Minister, ich erwarte endlich eine echte Offensive, was Frauenförderung an bayerischen Hochschulen angeht. Zurzeit sind 16 % aller Professoren Professorinnen. Der Rest von 84 % sind Herren. Das gilt es auszugleichen. Unser Antrag zielt auf 50 % bei gleicher Qualifikation.

Ich sage: Ein Hoch auf die Abschaffung der Studiengebühren! Darüber bin ich sehr glücklich.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Der nächste Redner ist Herr Professor Piazoło. Ihm folgt Frau Kollegin Gote.

Prof. Dr. Michael Piazoło (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute ist ein Tag der Freude. Wir schaffen die Studiengebühren ab, genau genommen muss ich sagen: die Studienbeiträge. Die Abschaffung nehmen wir als Parlament vor. Ich sage bewusst "wir"; diese Abschaffung ist aber getragen vom Willen der Bevölkerung. Was lange währt, wird endlich gut.

Das hat lange gedauert. In den letzten zwei Jahren habe ich mich persönlich damit beschäftigt. Natürlich gab es vorher schon viele parlamentarische Versuche von drei Fraktionen. Auch vor 2008 gab es schon Versuche der Opposition, gegen Studienbeiträge zu stimmen. Nun werden es mehr als 90 % der Abgeordneten sein – so hoffe ich jedenfalls -, die heute das Ende der Studiengebühren in Bayern beschließen. Das ist ein starkes Zeichen. Dahinter stehen durch das Volksbegehren 14,3 % der stimmberechtigten Staatsbürger. Das ist das erfolgreichste Volksbegehren, das Bayern je gekannt hat. Auch das ist ein starkes Zeichen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Hier fallen der Mehrheitswille des Parlaments und der Wille der Befürworter aus der Bevölkerung zusammen. Es sind zwei Stränge der Gesetzgebung: Das Parlament und das Volk reichen sich heute die Hand. Es ist in der Geschichte Bayerns selten gewesen, dass das Parlament einem Volksbegehren seine Zustimmung erteilt. Das Gesetz, welches wir verabschieden, ist ein Zeichen für mehr Bildungsgerechtigkeit. Es macht deutlich, dass das Studium erschwinglich. Dies ist wichtig auch für diejenigen Studie-

renden, die heute hier anwesend sind. – Ich begrüße Sie herzlich. Es freut mich, dass Sie da sind.

Es wird deutlich, dass in Stadt und Land in dieser Hinsicht keine Unterschiede bestehen und es auch unter den Bundesländern keine Unterschiede gibt. Das bedeutet mehr Chancen für die Jugend. Wir senden dieses Signal, diese Botschaft heute als Parlament auch an die jungen Menschen in Bayern aus. Wir kümmern uns um die Interessen der jungen Menschen in Bayern und wollen, dass sie studienbeitragsfrei studieren können.

Ich sage auch ganz offen – ich bedaure, dass Herr Hacker jetzt nicht hier ist, der dazu ja häufig etwas moniert hat -: Nach meinem Empfinden passt auch das Bildungsfinanzierungsgesetz in diese Richtung. Es handelt sich jedenfalls um die richtige Richtung. Ich hatte zwar gesagt, die FDP sei umgefallen, aber sie ist in die richtige Richtung umgefallen, und zwar in dem Sinne, dass für die Bildung etwas getan wird. Wir können natürlich über die Kompensation der Studiengebühren streiten, darüber, wie man die Kompensation gestaltet. Aber ich sage auch ganz offen: Ich bin dankbar – das war immer mein Ziel -, dass die Studiengebühren jetzt kompensiert werden. Wir können uns das in Bayern auch leisten. Dies ist ganz wichtig. Über Einzelheiten können wir uns noch auseinandersetzen.

Mir ist es am heutigen Tag besonders wichtig, deutlich zu machen, dass wir eine funktionierende Demokratie haben. Dies ist inzwischen nicht mehr in allen Ländern Europas eine Selbstverständlichkeit. Ein Volksbegehren durchzuziehen mit dem Gedanken, die Studiengebühren abzuschaffen, ist auch ein starkes Zeichen für eine funktionierende Demokratie.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dieses Zeichen ist von 1,3 Millionen Menschen ausgegangen. Es zeigt aber auch, dass wir als Parlament und als Gesellschaft gestalten können. Wir haben eine hohe Kraft und eine hohe Lösungskompetenz.

Dieser Tatsache sollten wir eingedenk sein, wenn wir uns die letzten Tage vor Augen halten. Es gab Vorgänge, die das Bild der Abgeordneten durchaus verdunkelten. Wir alle sollten daran arbeiten, das positive Bild von Politik und Abgeordneten in die Gesellschaft hinauszutragen. Ich bin mir sicher – es entspricht auch meiner Erfahrung in den letzten viereinhalb Jahren –, dass sich alle Abgeordneten des Bayerischen Landtags für das Beste des Landes einsetzen, wenn sicherlich auch mit unterschiedlicher Ausrichtung. Wir sollten daran arbeiten, ein positives Bild der Abgeordneten und der Politiker in diesem Land zu vermitteln. Eine funktionierende Demokratie, ein funktionierendes Volksbegehren und ein gutes Gesetz – das verabschieden wir heute – sprechen diese Sprache.

An dieser Stelle bedanke ich mich für die Unterstützung der Studierenden. Ich sage ganz offen: Ohne die Studierenden und ihre Power, hätten wir das Volksbegehren so nicht durchgebracht; wahrscheinlich hätten wir es sonst gar nicht durchgebracht. Vielen Dank an die Studierenden sowie an die gesellschaftlichen Gruppen, die mitgemacht haben, die Gewerkschaften, die Kirchen, natürlich auch die Jugendverbände! Wir waren ein breites Bündnis von 20 verschiedenen Verbänden, die an diesem Ziel gearbeitet haben. Nur deshalb sind mehr als 1,3 Millionen Bürger zur Abstimmung gegangen.

Ganz persönlich möchte ich mich aber auch bei den Mitarbeitern der Fraktion sowie bei meinen persönlichen Mitarbeitern für das bedanken, was in den letzten Jahren geleistet wurde. Natürlich bedanke ich mich auch bei den Mitstreitern, bei der SPD und den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN. Dankbar bin ich auch für die Debatten, die wir im Hochschulausschuss geführt haben, und zwar unter der Leitung von Herrn Jörg. Diese Debatten waren sehr sachlich. In dem Zusammenhang sage ich auch der Kollegin Bulfon von der FDP Dank. Auch ihre Beiträge waren sachlich. Das steht im Gegensatz zu anderen Debattenbeiträgen.

Für die Zukunft habe ich die Bitte, mit Sachlichkeit zu debattieren. Wenn wir jetzt – damit entferne ich mich ein bisschen vom Thema – über eine Wahlfreiheit zu G 8 und

G 9 reden, erwarte ich Sachlichkeit. Wenn in der letzten Debatte von Frau Kollegin Will gesagt wurde, dass eine Wahlfreiheit von G 8 und G 9 absoluter Schwachsinn sei, dann ist das nicht die Diktion, die ich mir wünsche, insbesondere auch nicht vor dem Hintergrund, dass diese Wahlfreiheit in Hessen von einer FDP-Ministerin eingeführt wurde. Ich weiß also nicht, ob es sinnvoll ist, wenn eine FDP-Abgeordnete hier im Zusammenhang mit einer anderen FDP-Abgeordneten von absolutem Schwachsinn spricht.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Das ist Frau Beer.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Hacker (FDP))

Da sollten wir versuchen, diese Dinge sachlich anzugehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, heute liegt ein von den FREIEN WÄHLERN initiiertes, von der gesamten Opposition, den Studierenden und den gesellschaftlichen Gruppen getragenes Volksbegehren vor uns. Vorher haben wir das begleitet – das sage ich auch ganz deutlich – mit einem durchaus beachtlichen, von den Regierungsfractionen eingebrachten flankierenden Entwurf zur Bildungsfinanzierung. Dieses Paket ist eines, glaube ich, das wir durchaus auch mit Stolz verabschieden können, bei dem wir sagen und denken können: Das ist in Bayern möglich. Das ist gut so. Ich bin stolz auf dieses Volksbegehren, ich bin stolz auf die bayerische Bevölkerung, ich bin aber auch stolz darauf, dass wir das als Parlament verabschieden. Das Ganze passt. Insofern freue ich mich auf die Abstimmung. Ich freue mich, dass wir das heute auf den Weg gebracht haben. Das ist ein guter Tag für Bayern; es ist ein guter Tag für die Studierenden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Piazzolo. Es geht weiter mit Frau Kollegin Gote. Ich darf nochmals an die dann folgende namentliche Abstimmung erinnern. Bitte schön, Frau Kollegin Gote.

Ulrike Gote (GRÜNE): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte heute aus meiner Rede vom 13. Dezember 2005 zitieren. Das war meine Rede zur Ersten Lesung des Gesetzentwurfs der Staatsregierung zum Bayerischen Hochschulgesetz.

Das größte Elend dieses Gesetzespaketes aber ist die geplante Einführung von Studiengebühren. Sie wurde in das Hochschulgesetz eingearbeitet. Mit Ihren Gebührenplänen zeigen Sie ganz klar, wohin die Reise gehen soll. Sie verabschieden sich auf breiter Front aus der Verantwortung für die Hochschulbildung. Damit leiten Sie hier tatsächlich einen Systemwechsel ein. Sie setzen fort, was Sie an anderer Stelle der Bildungsfinanzierung schon begonnen haben. Sie privatisieren die Bildungskosten. Die Zukunftschancen der jungen Menschen hängen noch stärker als bisher vom Geldbeutel der Eltern ab. Damit verschärfen Sie die bestehende soziale Ungerechtigkeit. Ihre Politik trägt nichts, aber auch gar nichts dazu bei, mehr Teilhabegerechtigkeit in dieser Gesellschaft zu verwirklichen.

Es gibt keine sozialverträglichen Studiengebühren. Das Angebot der Kreditfinanzierung mildert die sozialen Härten überhaupt nicht, sondern verlagert sie nur in eine ungewisse Zukunft. Und wenn Ihnen das egal ist, denken Sie wenigstens an die volkswirtschaftlichen Folgen dieser Politik; denn das, was Sie hier tun, schadet uns allen. Es geht nicht nur um die individuelle Benachteiligung, sondern es geht auch um den volkswirtschaftlichen Schaden, den Sie damit anrichten. Denn es wird Ihnen so nicht gelingen, an Hochschulen die Menschen auszubilden, die wir in Zukunft brauchen werden. Wir können uns als Volkswirtschaft keine Studiengebühren leisten.

Darüber hinaus werden die Studiengebühren für die Hochschulen wohl eher zur Last als zur Lust, denn die Hochschulen tragen die Last der Verwaltungskosten, müssen die Ausfälle absichern und haben den Schwarzen Peter bei der Auswahl derer, die sie befreien.

Wir werden uns bemühen, die heute eingebrachten Gesetze im Laufe des parlamentarischen Prozesses in vielen einzelnen Punkten zu verbessern und Sie mit unseren besseren Argumenten zu überzeugen.

Ich habe wie folgt geschlossen:

Allerdings sind wir an diesem einen Punkt der Studiengebühren kompromisslos. Wir werden hier im Parlament und auch draußen bei den Studierenden dagegen kämpfen.

Das war 2005, Kolleginnen und Kollegen. Das ist siebeneinhalb Jahre her, und wir haben Wort gehalten. Wir haben Wort gehalten! Wir haben eine parlamentarische Initiative nach der anderen gegen die Studiengebühren hier im Landtag eingebracht. Wir haben draußen im Land überall, flächendeckend an jedem Hochschulstandort eine Aktion nach der anderen gegen Studiengebühren gemacht. Wir haben eine Demo nach der anderen mit den Studierenden unterstützt, und schließlich haben wir gemeinsam mit den FREIEN WÄHLERN und vielen anderen Bündnispartnern das Volksbegehren geschultert. Wir haben jede Gelegenheit genutzt, wir haben Wort gehalten, und wir waren erfolgreich.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Heute schaffen wir die Studiengebühren ab. Und das, Kolleginnen und Kollegen, wird erst der Anfang sein. Wir werden auch andere Ihrer Fehler im bildungspolitischen Bereich korrigieren, und wir werden für bessere Bildung und mehr Bildungsgerechtigkeit in diesem Land sorgen.

Deshalb ist heute tatsächlich ein guter Tag für Bayern, und es gibt kaum eine namentliche Abstimmung, auf die ich mich so freue wie auf die, die gleich ansteht.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Noch ein paar Worte zu unserem Studierendenbonigesetz, das heute auch zur Abstimmung steht: Wir halten es nach wie vor für den besseren Weg, für den transparenteren Weg und auch für den charmanteren Weg der Kompensation. Sie sind einen anderen Weg gegangen. Ich möchte Ihnen aber noch einmal sagen, was gerade den Charme dieses Gesetzentwurfs ausmacht: Es ist tatsächlich die Transparenz: Geld folgt Studierenden. Es ist die Dynamisierung, die auch für die nächsten Jahre angelegt gewesen wäre.

Wir haben dies alles diskutiert. Sie sind dem leider nicht gefolgt. Ich verstehe es ja auch irgendwie. Wie kann man denn ein Gesetz gut finden, das Grün-Rot in Baden-Württemberg erfunden hat und das dort hervorragend funktioniert?! – Ich verstehe ja, dass Sie das nicht wollten. Dennoch stellen wir es hier heute zur Abstimmung. Wir halten es für den besseren, den transparenteren Weg. Die Mitbestimmung der Studierenden wäre damit deutlicher gesichert als mit Ihrem Gesetzentwurf. Ich bitte deshalb an dieser Stelle nochmals um Zustimmung zu unserem interfraktionellen Gesetzentwurf. Aber heute steht für mich vor allem die Freude im Vordergrund, dass wir gleich in namentlicher Abstimmung mit einer hoffentlich sehr großen, fast einstimmigen Mehrheit die Studiengebühren abschaffen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD und der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Frau Kollegin Gote. Der nächste Redner ist Herr Kollege Hacker. Soweit ich das überblicke, kommt voraussichtlich danach die Abstimmung. Bitte schön, Herr Kollege Hacker.

Thomas Hacker (FDP): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, Sie haben Verständnis dafür, dass ich mein Sakko anlasse und es nicht den Kolleginnen gleichtue, die vor mir hier gesprochen haben.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

- Ja, da manche aus dem Studentenalter herausgewachsen sind und mehr Format gewonnen haben, bräuchte ich wahrscheinlich wie Kollege Halbleib zwei Größen mehr.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Ich würde es zulassen, wenn Sie es unbedingt anziehen wollen.

(Heiterkeit - Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE) - Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Thomas Hacker (FDP): Die Kollegin Gote wird vielleicht überrascht sein, aber meine kurze Skizze für meinen Redebeitrag ist auch überschrieben mit "Heute ist ein guter Tag für die Bildung in Bayern"; dies aber nicht aus dem Grunde, den Sie gerade skizziert haben. Den Grund für den guten Tag im Interesse der Bildung in Bayern haben wir beim letzten Tagesordnungspunkt mit dem Bildungsfinanzierungsgesetz gelegt, das die soziale Frage an der richtigen Stelle beantwortet, das die frühkindliche Bildung stärkt, das die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert und das junge Familien stärkt. Das ist der richtige Weg, um mehr junge Menschen zum Abitur zu führen und dann natürlich auch ins Studium zu bringen. Dieses Ziel – so meine ich zumindest aus den Debatten gehört zu haben – tragen wir gemeinsam, aber den Weg dorthin sehen wir unterschiedlich.

Ich bin etwas überrascht, dass die Kollegin Zacharias in den vergangenen viereinhalb Jahren nicht bemerkt hat, welche Initiativen in der Hochschulpolitik, in der Bildungspolitik, in der Sozialpolitik von der Regierungskoalition und auch durch unseren Einfluss in der Regierungskoalition auf den Weg gebracht wurden. Wenn man sich die Hochschulrechtsnovelle anschaut – Zugang zur Hochschule für beruflich Gebildete, Beru-

fungsrecht für neue Professoren an Hochschulen -, stellt man fest, dass das Maßnahmen in die richtige Richtung sind.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Wir haben Erhebliches für die Verbesserung der Bildungslandschaft, der Hochschul-landschaft hier in Bayern geleistet. Deswegen bin ich auch überzeugt davon, dass wir gemeinsam am 15. September den Weg fortsetzen werden; denn es gibt noch genug zu tun. Da haben Sie recht, liebe Kollegin Zacharias, aber den Weg werden wir gemeinsam mit der CSU beschreiten. Sie aber werden weiter nicht bemerken, wie die Realität im Bildungsland Bayern ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Das Thema Studienbeiträge – liebe Kolleginnen und Kollegen, das wage ich heute bereits zu prophezeien – wird uns nicht zum letzten Mal in diesem Landtag beschäftigt haben. Erinnern Sie sich an die ersten Worte der neuen Bundesbildungsministerin Frau Wanka, die angemahnt hat, dass sich die Länder überlegen müssen, wie sie in Zukunft ihre Hochschulfinanzierung sicherstellen wollen, wenn sie durch die Schuldenbremse gezwungen werden, ihre Haushalte zu konsolidieren. Sie meinte damit sicherlich nicht den Freistaat Bayern. Denn wir geben den richtigen Weg vor. Wir konsolidieren unseren Haushalt; wir tilgen Schulden. Wir werden nicht durch die Schuldenbremse gezwungen werden wie Ihre Kollegen in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und anderen Ländern.

(Beifall bei der FDP)

In diesen Ländern wird es zu einem hohen Druck kommen, sodass Studienbeiträge wieder nötig sein werden. Wir werden das aus der bayerischen Perspektive gelassen beobachten und – ich bin sehr sicher – auch in diesem Hohen Hause wieder diskutieren.

Meine Damen und Herren, der heutige Tag ist ein guter Tag für die Bildung, weil wir die Gleichwertigkeit der beruflichen Bildung unterstreichen. Nicht allein der Hochschulabschluss ist das Eingangstor zu einem erfolgreichen Eintritt ins Berufsleben und zur Verwirklichung der eigenen Persönlichkeit, sondern auch die berufliche Bildung im dualen System, das Markenzeichen gerade unserer mittelständisch geprägten bayerischen Wirtschaft, das wir mit dem Bildungsfinanzierungsgesetz genauso stärken. Auch deswegen ist dies ein guter Tag für die Bildung in Bayern.

(Beifall bei der FDP)

Zuletzt, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist dies ein guter Tag für die Bildung in Bayern, weil wir sicherstellen, dass durch den von Ihnen initiierten Wegfall der Studienbeiträge nicht zusätzliche Probleme für die Hochschulen aufkommen. Wir erreichen Hochschule für Hochschule, Universität für Universität, einen kompletten Ersatz der Beträge, die bisher von den Hochschulen eingenommen werden. Ihr Modell der pauschalierten Pauschalierung würde die Hochschulen ungleichmäßig treffen. Für uns ist Eigenverantwortung im gesamten Bildungsbereich ein ganz wesentliches Ziel, das wir noch verstärkt erreichen müssen. In Eigenverantwortung haben die Hochschulen sehr unterschiedliche Hochschulbeiträge erhoben und daraus auch sehr unterschiedliche Investitionen getätigt, was den Mittelbau und den zusätzlichen Stellenaufbau anging. Das wollen wir den Hochschulen und vor allem den Universitäten nicht wegnehmen. Das wäre aber die Konsequenz Ihres Vorschlags. Den Universitäten würde der Beitragsersatz weggenommen. Auch die Hochschulen für Angewandte Wissenschaften müssen wir zusätzlich stärken. Das ist ein Ziel, das wir auch haben, aber nicht durch die Kompensationslösung, die Sie vorschlagen.

Meine Damen und Herren, für uns ist es kein einfacher Tag. Für die FDP möchte ich noch einmal festhalten: Wir sind davon überzeugt, dass es notwendig ist, Studenten und auch ehemalige Studenten mit einem moderaten Beitrag an der Hochschulausbildung zu beteiligen.

(Zuruf der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD))

- Dafür gibt es viele Gründe, Frau Zacharias. Wir haben diese Gründe hier in diesem Hohen Haus häufig ausgetauscht. Heute wird eine breite Mehrheit etwas anderes beschließen. Wir bleiben unserer Überzeugung treu. Wir werden gegen das Volksbegehren stimmen, und wir werden weiter dafür kämpfen, dass Bayern eine hochwertige Bildung hat, um die soziale Gerechtigkeit tatsächlich zu verwirklichen. Das führt von der frühkindlichen Bildung über eine gute Schulbildung in eine hervorragende berufliche Bildung und an der Spitze zu einer exzellenten Hochschulausbildung. Die FDP steht als Garant für die Bildungspolitik der Zukunft in diesem Land über den 15. September hinaus. – Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege Hacker. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen deswegen zur Abstimmung und trennen dafür die beiden Gesetzentwürfe bzw. Tagesordnungspunkte wieder.

Ich lasse zunächst über Tagesordnungspunkt 2 abstimmen. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 16/15921 zum Volksbegehren und die Empfehlung des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur auf Drucksache 16/16476 zugrunde. Der federführende Ausschuss empfiehlt die unveränderte Annahme. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz stimmte bei seiner Endberatung ebenfalls zu. Ergänzend schlägt er vor, in § 2 als Datum des Inkrafttretens den "1. Oktober 2013" einzufügen.

Ich lasse jetzt in einfacher Form in Zweiter Lesung, abstimmen und die Schlussabstimmung erfolgt dann in namentlicher Form.

Wer dem Gesetzentwurf mit dieser Ergänzung zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das sind die Kolleginnen und Kollegen aus der CSU-Fraktion, zwei Kollegen aus der FDP-Fraktion und die Kollegen und Kolleginnen der FREIEN WÄH-

LER, der SPD und der GRÜNEN. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die Kolleginnen und Kollegen der FDP-Fraktion mit Ausnahme der genannten zwei. Stimmenthaltungen? – Ich sehe zwei Stimmenthaltungen aus den Reihen der CSU-Fraktion. Damit ist dem Gesetzentwurf zugestimmt worden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt kommen wir zur Schlussabstimmung. Ein Antrag auf Dritte Lesung ist nicht gestellt worden. Wir können deswegen gemäß § 56 der Geschäftsordnung diese Schlussabstimmung sofort durchführen. Das geschieht in namentlicher Form. Wir haben fünf Minuten Zeit.

Ich weise Sie darauf hin, dass ich unmittelbar nach diesen fünf Minuten über den anderen Gesetzentwurf, also über Tagesordnungspunkt 3, abstimmen lasse. Laufen Sie also bitte nicht davon. Die nächste Abstimmung kommt in exakt fünf Minuten.

Die namentliche Abstimmung beginnt jetzt.

(Namentliche Abstimmung von 18.17 bis 18.21 Uhr)

Die Zeit ist um. Ich schließe die namentliche Abstimmung. Das Ergebnis stellen wir außerhalb des Saales fest. Ich gebe das Ergebnis dann bekannt.

Nehmen Sie bitte Platz. Ich möchte sofort zur Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 3 kommen: Das ist der interfraktionelle Gesetzentwurf der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 16/15834. Bitte nehmen Sie Platz.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Darf ich darum bitten, dass Sie Platz nehmen? – Wir führen jetzt nämlich die nächste Abstimmung durch. Der federführende Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur empfiehlt auf Drucksache 16/16475 die Ablehnung dieses Gesetzentwurfes. Wer dagegen zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Das sind die

Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Wer möchte ablehnen? – Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Stimmenthaltungen? – Stimmenthaltungen gibt es nicht. Damit ist dieser Gesetzentwurf abgelehnt.

(...)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Ich möchte, wie angekündigt, zu Tagesordnungspunkt 2 zurückspringen. Ich darf das Ergebnis der namentlichen Schlussabstimmung zum Gesetzentwurf "Volksbegehren ‚Grundrecht auf Bildung ernst nehmen – Studienbeiträge abschaffen!'" nach Artikel 74 der Bayerischen Verfassung auf Drucksache 16/15921 bekannt geben. Mit Ja haben 124 gestimmt. Mit Nein haben 12 gestimmt. Es gab vier Stimmenthaltungen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

